

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 5. Dezember 1924.

-----  
Die Zahl der Wohnungsanforderungen geht zurück. Das vom Nationalrat für das Jahr 1923 beschlossene Wohnungsanforderungsgesetz erschwert leider die Arbeit des Wiener Wohnungsamtes nicht unerheblich. Dies kommt sinnfällig in der Zahl der rechtskräftig angeforderten Wohnungen zum Ausdruck. So wurden im Jahre 1922 auf Grund der Wiener Anforderungsverordnung noch 9692 Anforderungen rechtskräftig, während im Jahre 1923, in dem auf Grund des neuen Gesetzes angefordert werden musste, die Zahl der rechtskräftig gewordenen Anforderungen auf 6014 zurückging. In den ersten neun Monaten des Jahres 1924 konnten nur mehr 3733 rechtskräftige Anforderungen erreicht werden. Diese Zahlen zeigen, dass viele Wohnungen durch die lockeren Maschen des neuen Gesetzes dem Wohnungsamt und damit den Wohnungsbedürftigen entgehen. Interessant ist eine Uebersicht über die Ursachen der Anforderung. Am häufigsten werden Wohnungen wegen Beendigung des Mietverhältnisses angefordert. Von den 3733 in den ersten neun Monaten des Jahre 1924 erfolgten Anforderungen entfallen 921 auf diesen Umstand. An zweiter Stelle bildet mit 815 Fällen die vollständige Untervermietung der Wohnung den Anforderungsgrund. In 659 Fällen wurde die Wohnung deshalb angefordert, weil der Hauptmieter gestorben ist. Unzulängliche Benützung oder überzählige Wohnräume waren in 454 Fällen die Ursache der Anforderung. In 280 Fällen handelte es sich um Anforderungen wegen Leerstehung. Fünfzig Anforderungen erfolgten wegen nachgewiesener Doppelwohnungen. Von den 3733 rechtskräftigen Anforderungen entfallen 1935 auf Kleinwohnungen. Kleinere Mittelwohnungen (drei Wohnräume) wurden 465, grössere Mittelwohnungen (vier Wohnräume) wurden 130 und Wohnungen mit mehr als vier Wohnräumen wurden 67 angefordert. Dazu kommen noch 1136 angeforderte Einzelräume. Der Rückgang der Wohnungsanforderungen bewirkt, dass das Schwergewicht der städtischen Wohnungspolitik immer mehr auf die Gemeindeneubauten verlegt werden muss. Es wird immer schwieriger, Wohnungssuchende in angeforderte Wohnungen unterzubringen, wodurch die Notwendigkeit der Wohnbautätigkeit der Gemeinde immer deutlicher sichtbar wird.

-----  
Der Strassenbahnfahrpreis am Montag. Am Montag, den 8. Dezember (Feiertag) gilt auf den städtischen Strassenbahnen der Werktagfahrpreis. Demnach gelten an diesem Tage die Hin- und Rückfahrtscheine, Frühfahrtscheine und Wochenkarten. Dagegen haben Fürsorgefahrtscheine keine Giltigkeit.

-----  
Der Wiener Fremdenverkehr im Jahre 1923. Im abgelaufenen Jahre sind im Wien 417.394 Fremde angekommen, und zwar sind in Hotels 413.849 und in Pensionen und Sanatorien 4545 Personen abgestiegen. In beiden Kategorien ist im zweiten Halbjahre eine <sup>bemerkenswerte</sup> entschiedene Steigerung gegenüber dem ersten Halbjahre zu konstatieren. Während es im ersten Halbjahre 169.862 Hotelfremde gab, beträgt ihre Zahl im zweiten Halbjahre 243.987. In Pensionen hat sich die Zahl der Fremden im zweiten Halbjahr 1923 gegenüber dem ersten fast verdreifacht, in den Sanatorien verdoppelt. An erster Stelle stehen die Ankömmlinge aus den (128.520) österreichischen Bundesländern, dann kommen die Fremden aus der Tschechoslowakei (93.523), Ungarn (52.497) und den Deutschen Reich (30.230).



RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 5. Dezember 1924. Zweite Ausgabe

WIENER GEMEINDERAT

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um fünf Uhr und teilt mit, dass die Anträge über Gewährung eines Zuschusskredites von 210 Millionen Kronen für Postgebühren, über ein Mehrerfordernis von hundert Millionen Kronen bei baulichen Veränderungen in der Erziehungsanstalt Eggenburg, über die Ruhebezüge der gewählten Gemeindefunktionäre und über ein Grundtauschvereinbkommen in Meidling ohne Wortmeldung angenommen sind.

Vizebürgermeister Emmerling referiert über die Herstellung eines Gleisprovisoriums anlässlich des Umbaus der Brigittabrücke wofür ein Baukredit von 320 Millionen Kronen erforderlich ist.

G.R. Scholz (chr. sez.) beanstandet, dass dieser Kredit erst jetzt dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt werde, nachdem die Arbeiten schon fast vollständig erledigt sind, ferner dass die Kredite für alle mit dem Umbau der Brigittabrücke verbundenen Arbeiten nicht auf einmal zur Bewilligung vorgelegt wurden, sodass ein Ueberblick über die Kosten des Umbaus nicht möglich sei. Redner bespricht ferner, das neue Verbot wonach sich die Fahrgäste nicht während der Fahrt auf den Trittbrettern aufhalten dürfen.

G.R. Untermüller (chr. sez.) Wer soll demmas überwachen?

G.R. Scholz schliesst mit technischen Bemerkungen über den Umbau der Brücke.

Vizebürgermeister Emmerling erwidert, dass es nicht möglich war als der Umbau der Brigittabrücke im Gemeinderat verhandelt wurde, auch eine Berechnung aller Baukosten zu bringen. Der Akt bezüglich des Gleisprovisoriums sei Ende Oktober ausgearbeitet worden und gelange erst jetzt zur Verhandlung weil er im technischen Ausschusse nicht gleich vorgenommen werden konnte. Alle am Umbau beteiligten Faktoren haben das Bestreben, die Verschiebung der Brücke so rasch als möglich durchzuführen um den Verkehr auf der alten Brücke aufrecht zu erhalten.

Der Referentenantrag wird hierauf angenommen.

St.R. Breitner berichtet über die Erwerbung/junger Aktien von 28.182 Stück durch die Gemeinde anlässlich der Kapitalserhöhung der „Steinag“ Aktiengesellschaft für Sandsteinziegel und Kunststeinindustrie zu einem Gesamtbezugspreise von 1.963.640.000 Kronen und hebt den grossen Wert dieser Aktien für den Ziegelbedarf der Gemeinde hervor. Infolge der bekannten Vorgänge auf dem Geldmarktesei eine Erhöhung des Aktienkapitales früher nicht möglich gewesen, die Gemeinde hätte wohl ihren Anteil einzuzahlen vermocht, aber die übrigen 60 Prozent der neuen Aktien wären kaum unterzubringen gewesen. Nunmehr ist eine gewisse Beruhigung auf dem Kapitalmarkt eingetreten und nach der Anschauungen der ernstesten Faktoren besteht die Sicherheit ja die Möglichkeit diese Aktien unterzubringen. Damit wird das Unternehmen von einem grossen Teil seiner Bankschuld befreit und wird nicht mehr die drückenden Bankzinsen in den Ziegelekreis einzurechnen haben.

G.R. Huber (chr. sez.) zitiert eine Zeitungsnotiz in der es heisst dass die „Steinag“ sich merkwürdiger Konkurrenzmittel bediente um die Haggendorfer Werke zu bekämpfen und von der Lieferung auszuschalten. Erster Aktionär der Steinag sei der Gemeinderat Rudolf Müller und über die Haggendorfer wurde nur deshalb der Streik verhängt, damit sie keinen Auftrag erhalten und ausführen können. Redner ersucht den Referenten um Aufklärung.

G.R. Rudolf Müller (soz. Dem.) erklärt, er habe in dieser Sache absolut gar nichts zu tun gehabt. Richtig sei, dass der bekannte Seifen-Treibtsch den Vertrag mit der Baugewerkschaft abgeschlossen aber nicht die vereinbarten Zahlungen geleistet hat. Darauf hin hat die Baugewerkschaft den Treibtsch beim Einigungsamte geklagt ohne einen Erfolg zu erzielen. Die Arbeiter erklären insolange den Streik aufrecht zu erhalten, bis Treibtsch den Kollektivvertrag zahlt.

Nach dem Schlussworte des Referenten wird die Vorlage angenommen.

St. R. Breitner berichtet über den Ankauf des im Besitze der Wiener Banken befindlichen letzten Viertels der Aktien der „Wag“ und bemerkt, dass schon seit der Kapitalserhöhung von zweihundert auf vierhundert Milliarden Kronen die Banken keinen bestimmenden Einfluss in der Wag mehr hatten. Jetzt sei das Opponitzer Werk nahezu vollendet und da erscheine es wünschenswert, dass die Gemeinde auch äusserlich als alleinige Inhaberin der Werke erscheine. Das war die Ursache zur Erwerbung der restlichen Aktien. Da das von den Banken seinerzeit zur Verfügung gestellte Kapital beim Bau der Wasserkraftwerke verwendet wurde, konnte ihnen jetzt auch bei der Erwerbung der 25 Prozent Aktien eine gewisse Valorisierung zugestanden werden, das heisst, für vierhundert Kronen nominal, fünftausend Kronen tel quel pro Aktie. Der Referent ersucht um Genehmigung des Antrages.

G.R. Kunschak (chr. sez.) erklärt, das Referat bereite der Opposition eine hohe Befriedigung. Den sie habe sich seinerzeit im Jahre 1921 als die ersten Anträge auf Schaffung der „Wag“ erstattet wurden energisch gegen die Form einer Aktiengesellschaft ausgesprochen und dem Gemeinderate zu erwägen gegeben, ob es nicht besser wäre, den Ausbau der Wasserkraftwerke in eigener Regie durchzuführen. Der Redner erörtert dann ausführlich die Komunalisierungspolitik der Christlichsozialen unter dem Bürgermeister Dr. Lueger, er bespricht die Geschichte der Gaswerke und bezeichnet als einen Rüststiel Luegers, dass er trotz des

Boykotts des Bankkapitales schliesslich doch alle Hindernisse besiegt. Die Sozialdemokraten seien von Sozialisierungsgedanken weit abgerückt, aber leider auch von Komunalisierungsgedanken, denn sie haben damals den Vertrag mit den Banken gemacht, einen Vertrag der sich später als vollkommen zwecklos erwies, weil die Banken in entscheidenden Momenten das erforderliche Baukapital für die Wasserkraftwerke nicht beistellen wollten. Man musste im Wege einer eigenen Steuer, der Wasserkraftabgabe die erforderlichen Summen aufbringen. Zuerst hiess es, die Gemeinde könne die Wasserwerke nicht selber bauen, weil sie das Unternehmen nicht zu finanzieren vermöge, deswegen müsse sie die Banken heranziehen; und als dies gelungen war, ist wieder festgestellt worden, die Banken können die Aktiengesellschaft nicht finanzieren, das muss die Gemeinde besorgen. Durch die Aufbringung der Wasserkraftabgabe wurden die Banken aus der Verpflichtung, das Kapital beizustellen, entlassen und die Gemeindeverwaltung kam in die Lage riesige Summen, die die Abgabe resultierten, zu thesaurieren. Diese Steuergelder, die zum Bau der Kraftwerke verwendet worden sind, fehlen jetzt unserer Volkswirtschaft, das Betriebskapital in unserer Wirtschaft wurde geschwächt, sie musste Bankkredit in Anspruch nehmen und ihn mit unerhörten Zinsen honorieren. In der Terminologie der Sozialdemokraten würde man sagen müssen, dass die Mehrheit auf diese Weise für die Banken Zutreiberdienste geleistet habe. Die Banken haben aber auch durch ihre Beteiligung an der Aktiengesellschaft „Wag“ Milliardengewinne eingeheimst und zwar auf dem indirekten Wege über ihre Industrien, die Lieferungen für die Wag besorgt haben. Wenn heute die Ehe zwischen der Wag und den Bankengelöst werde, gehen letztere mit einem Milliarden Gewinn aus dem Geschäft, dass für sie weiter kein Interesse mehr hat. Leider bleiben die Wasserkraftwerke als eine Aktiengesell-



schaft bestehen. Viel besser wäre es, diese Werke einfach in den Betrieb der Elektrizitätswerke einzuverleiben. Das ist es, was den Christlich-sozialen missfällt. Aber es erfüllt sie doch mit einer gewissen Befriedigung, die Mehrheit auf dem Boden der reinen Kommunalpolitik zurückgeführt zu haben, auf welchem vor nahezu dreissig Jahren die grossen Erfolge für die Gemeinde Wien geschaffen worden sind.

Str. Breitner: Gemeinderat Kunschak hat die Geschichte seiner Partei erzählt und dabei begreiflicherweise bei jenem Kapitel eingehend verweilt, die das historische Verdienst der christlichsozialen Partei darstellt, bei der Sozialisierung von Gas, Elektrizität und Strassenbahn. Es wäre verfehlt, diese Dinge die geschichtliche Tatsachen sind, verkleinern oder verkennen zu wollen, allerdings muss man auch hinzufügen, dass es auch in der christlichsozialen Partei führende Menschen gegeben hat, die an die grosse Verwaltungskunst Laegers nicht herangereicht haben. Es kann auch festgestellt werden, dass wir die man jetzt als Gegner und als Abtrünnige der Sozialisierung dargestellt hat, es im Jahre 1919 gewesen sind, die eine andere Ehe mit dem Bankkapital verhindert haben, eine Ehe die nicht bestimmt war Neues zu schaffen, sondern einen Teil des Gaswerkes in den Besitz der Banken zu bringen (sehr richtig). Wenn es schwer ist sich Zeiten zurückzufufen, wie es etwa jene Tage des Jahres 1921 waren als über diesen Gegenstand hier verhandelt wurde, so gibt es stenographische Protokolle und darin kann man nachlesen, ob auch damals solche Anschauungen wie die <sup>heutige</sup> des Gemeinderats Kunschak in der Minorität geherrscht haben. Redner erinnert an die Aussprüche des damaligen Gemeinderates Dr. Kienböck und des Gemeinderates Hofrat Schmidt, sowie Kunschaks selber in der damaligen Debatte die als einen Vorteil begrüsst haben, was jetzt als Nachteil gerügt wurde. Was die Banken betrifft, so, haben sie die Verpflichtung einer Beistellung von 3'6 Milliarden übernommen und diese Verpflichtung haben sie erfüllt. Sie haben ausdrücklich in den Verhandlungen an denen auch die Minderheit mitgewirkt hat, sich geweigert, sich auf Pferdekräfte einzustellen und sich auf einen bestimmten Kurs für die Uebernahme der Obligationen festzulegen. <sup>Kreise</sup> welche die Denkweise der Banken auch kennen, waren von einem Optimismus gegenüber diesen Banken erfüllt. Redner zitiert abermals einen Ausspruch des damaligen Gemeinderates Hofrat Schmidt der die Intervention eines Bankkonsortiums begrüsst hat. Gemeinderat Kunschak hat in einer Rede damals konstatiert, dass der Referent und die Gemeinde Wien unter dem Druck der Verhältnisse so gehandelt haben wie sie es taten. Alle diese Zitate beweisen, dass wir keinen anderen Weg gehen konnten und wenn die Minderheit damals diesen <sup>Verlage</sup> zugestimmt hat, so hat sie heute kein Recht Vorwürfe zu machen (Beifall). Wir sind heute am Ziele und im Verlaufe dieses Monats noch wird der Strom aus den Opponitzerwerken nach Wien kommen (Beifall). Es wird kein Schandblatt in der Geschichte dieser Stadtverwaltung sein, dass wir in den Septembertagen 1921 als man die Dinge nicht rosig ansah, aber ohne ausländische Kontrolle, ohne ausländische Kredit-hilfe und ohne ausländischen Berater (sehr richtig) ein Werk beschlossen haben auf das stolz zu sein wir alle Ursachen haben und das heute zu verleugnen oder herabzusetzen die Minderheit keine Veranlassung hat. In sachlicher Hinsicht befindet sich Gemeinderat Kunschak in einem Irrtum wenn er glaubt, dass die „Wag“ weil sie als Aktiengesellschaft bestehen bleibt irgend etwas mit der Betriebsführung zu tun haben wird. Es ist ausdrücklich festgestellt worden, dass die Wag lediglich eine Baugesellschaft ist und dass sie an dem Tage, an dem das Werk vollendet sein wird es an die Elektrizitätswerke zur Führung übergeben wird.

Die Wag ist gar kein Hindernis für eine einheitliche Führung des gesamten Elektrizitätswesens <sup>die</sup> wir alle schon damals als notwendig anerkannt haben. Bei einer Liquidierung wären ungeheure Steuern zu zahlen, die sich nur im Strompreis ausdrücken könnten. Gemeinderat Kunschak hat zum Schluss noch gesagt, dass wir die grosse Lüge aufrecht erhalten wollen, dass die Wasserkraftabgabe nun als eine Schuld der Wag verzinst wird. Auch das ist ein Irrtum. Schon seit sechs Wochen finden bei den Elektrizitätswerken Berechnungen statt um festzustellen, mit welchem Zinsfusse wir dieses Anleihen, das wir gegeben haben vertinsen können, damit ein Vorteil für die Bevölkerung herauskomme. Es ist unser Ziel, dass die Gemeinde für ihre eigenen Kassen Opfer bringe, wobei als selbstverständlich angenommen wird, dass die Summen die aus der Wasserkraftabgabe der Wag vorgestreckt wurden eine Verzinsung überhaupt nicht finden. Es ist dies kein über-ragend grosser Betrag, wenn gegenüber den Baukosten von 400 Milliarden Kronen die Erträge der Wasserkraftabgabe nicht verzinst werden, sondern wenn wir diese Zinsenlosigkeit die in Wirklichkeit eine Stück Abschreibung ist dazu heutzutage um den Strompreis möglichst herabzudrücken. Wenn die Banken durch die Lieferungen der Industrie verdient haben, so steht dies damit in Zusammenhang, dass die Banken Herren über einen grossen Teil der Industrie sind. Dass sind Tatsachen die wir nicht geschaffen haben und auch nicht beseitigen oder vermeiden können. Hätten wir die Bestellungen im Auslande gemacht, so hätten statt der in-ländischen die ausländischen Banken profitiert. Es gehört aber mit zu den segensreichen Wirkungen die von diesem Bau ausgegangen sind, dass unsere Industrie dabei beschäftigt wurde und tausende von Arbeitern dabei ihr Brot gefunden haben. <sup>Wenn</sup> die Banken uns da bei im Stoch gelassen haben, was gewiss ein Versuch war die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung umzubringen, so haben wir uns nicht gebeugt, sondern aus der eigenen Wirtschaft heraus, das was von Ihnen geschaffen wurde vergrössert und fortgeführt und damit die Grösse Wiens und das Ansehen dieser Stadt behauptet (Stürmischer Beifall).

G.R. Kunschak (chr. soz.) berichtet tatsächlich, dass er in seiner damaligen Gemeinderatsrede gesagt habe, man sei aus der bisherigen Kommunalisierungspolitik eigentlich zur Bankisierungspolitik übergegangen (Hört hört bei den Parteigenossen).

Die Anträge des Referenten würden hierauf angenommen. Bürgermeister Seitz teilt mit, dass die Gemeinderäte Zimmerl und Genossen einen Antrag eingebracht haben, in dem verlangt wird, dass dem amtsführenden Stadtrat Breitner das Vertrauen des Gemeinderates zu versagen sei, da bis heute keine Untersuchung wegen der Veröffentlichung von Steuerdaten in der Arbeiterzeitung eingeleitet worden sei.

G.R. Zimmerl (chr. soz.) begründet diesen Antrag und sagt: Es ist bekannt, dass in der Arbeiterzeitung unter voller Anführung des Namens, der Adresse und des Berufes, die Steuerdaten von 56 Steuerträgern veröffentlicht worden sind. Wir haben im Gemeinderat beantragt, dass untersucht werden soll, wer der Arbeiterzeitung diese Daten geliefert hat. Demals hat Breitner selbst erklärt, er äussere sich über diesen Antrag in keiner Weise, sondern überlasse die Beschlussfassung dem Gemeinderat. Aber der damalige Vorsitzende hat den Gemeinderat unrichtig informiert indem er feststellte, dass Breitner sich gegen den Antrag ausgesprochen hätte. Es wurde unser Antrag abgelehnt. Wir haben dann den Bürgermeister ersucht, dass er eine Untersuchung einleiten möge. Dieses Ersuchen wurde mit einer unrichtigen Begründung abgelehnt, die ich mit dem wienerische Ausdruck „Reden wir von was andern“ bezeichnen möchte. Nicht nur die Steuerträger beschwerten sich über diese Veröffentlichung, sondern auch Teile des Beamtenskörpers der Gemeinde, die von dem schweren Vorwurf



Dritter Bogen

des Missbrauchs von Amtsgeheimnissen befreit werden wollen. Die Behandlung unserer Anträge in dieser Sache ist eine Vergewaltigung der Minderheit, die darauf hinausläuft, die Schuldigen nicht ermittelt zu lassen. Es blieb uns daher kein anderer Ausweg übrig, als im Sinne der Verfassung den Antrag zu stellen, dem amtsführenden Stadtrat Breitner, in dessen Amtsbereich diese Sache gehört, das Vertrauen zu versagen.

Nach dieser Begründung wird einstimmig beschlossen, dass über den Antrag die Debatte zu eröffnen ist.

Stadtrat Breitner: Ich habe leider nicht viel Hoffnung, dass dieser Antrag angenommen wird.

Stadtrat Rummelhardt (chr. soz.) ruft: Ich weiss nicht, wie eine geheime Abstimmung ausgehen würde!

Stadtrat Breitner: Wenn in der Verfassung eine solche geheime Abstimmung vorgesehen ist, so bin ich gerne bereit, mich auch einer solchen zu unterziehen. Ich erkläre, dass ich für diese Angelegenheit selbstverständlich voll und ganz die Verantwortung übernehme. Weit über die juristische und formale Bedeutung über die ich mich als Laie zu äussern ablehne und die ja übrigens vom Herrn Bürgermeister in seiner Interpellationsbeantwortung eingehend behandelt wurde

kommt die sachliche Bedeutung dieses Falles in Betracht. Wir müssen doch einmal prüfen, warum den die Minderheit in so grosse Erregung geraten ist. Schon seit Wochen wird ein förmliches Kesseltreiben gegen die Gemeinde geführt und immer gesagt, dass durch unsere Steuerpolitik weite Kreise von Gewerbetreibenden zugrunde gerichtet werden. Nicht die Folgeerscheinungen des Krieges, sondern die Folgen einer rücksichtslosen Steuerpolitik sind es, die breite Massen von Gewerbsleuten ruinieren, so wird immer wieder hinausposaunt. In einer Kundgebung, die sich von anderen Veranstaltungen dadurch unterschieden hat, dass die Teilnehmer schon durch ihr besseres Ausseres aufgefallen sind, wurde behauptet, dass die Gemeindesteuern den Gewerbestand zugrunde richten. Darauf hat die Arbeiterzeitung eine Anzahl von Fällen veröffentlicht, die zeigen, dass die Steuerleistung der grossen Masse der Geschäftsleute in gar keinem Verhältnis steht, zu der Hetze, die gegen die Gemeinde betrieben wird. Ich kann feststellen, dass eine amtliche Ueberprüfung ergeben hat, dass alle Angaben der Arbeiterzeitung vollkommen richtig sind. Es ist nun wichtig

dass nach dieser Veröffentlichung, sich die geplante Serie von Protestkundgebungen gegen die ungeheuren Steuerdruck der Gemeinde in Versammlungen gegen die Veröffentlichung/verwandelt hat. Es hat sich also ein gewaltiger Szenenwechsel vollzogen. Die Herren haben plötzlich kein Wort mehr über die hohen Gemeindeabgaben gesprochen. Dieser Sache kommt auch vor allem eine grosse wirtschaftliche Bedeutung zu. Werden in irgend einem Geschäft übertriebene Preise gefordert, so geschieht dies meist mit dem Hinweis, dass die Gemeinde schuld daran ist. Ich bin überzeugt, dass viele der Menschen, die am 9. November gegen die Gemeindeabgaben demonstriert haben, gar nicht wussten, was sie zahlen. Hätten sie den Rechenstift zu Hand genommen, dann wären sie selbst darauf gekommen, wie geringfügig die Gemeindeabgaben sind. Sicherlich gibt es eine Zahl von Leuten, die alle Ursache haben, mit unserer Steuerpolitik unzufrieden zu sein. Es sind die Besucher der Nachtlokale, der Bars und die Reichen dieser Stadt, die wir mit voller Absicht treffen wollen. Es ist geradezu im öffentlichen Interesse gelegen gewesen, dass die Bevölkerung erfährt, wie hoch die Steuern der Gemeinde wirklich sind. Wie hat denn dieser Rummel eigentlich begonnen? Damit, dass ich das Verlangen des Vorstehers der Gastwirtegenossenschaft rundweg abgelehnt habe, die Steuer der Luxusbetriebe in eine Abgabe für alle Gasthäuser umzuwandeln, von der dann auch die kleinsten Betriebe worden wären.

G.R. Retter (chr. soz.) ruft: Das ist ein Dreh!

Stadtrat Breitner: Ich stehe für diese meine Behauptung ein und bin bereit auf meine Immunität zu verzichten, um den gerichtsordnungsmässigen Nachweis zu führen, dass meine Angaben richtig sind. Viel wichtiger als das juristische und formale, auf das ich mich als Laie nicht einlasse, ist die Tatsache, dass Uebertreibungen über die Höhe der Gemeindeabgaben richtiggestellt wurden. Ich übernehme die volle Verantwortung für alles, was geschehen ist. Wenn die Mehrheit des Gemeinderates, ob in öffentlicher oder geheimer Abstimmung, eine Änderung der Steuerpolitik wünscht, dann bin ich gerne bereit, zurückzutreten. Solange dies nicht geschieht, werden wir wie bisher eine Gemeindepolitik verfolgen, welche die Besitzenden und die Geniessenden zu den Lasten des Gemeindegushalts so stark als möglich heranzieht und die Besitzlosen so wenig als möglich erfasst. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit! Minutenlange Rufe: Hoch Breitner!)

G.R. Nachtnebel: ist hier einzuschalten, kommt aber erst nach dem Referat Kunschak!

Stadtrat Kunschak (chr. soz.): Als Parteimann verzeichne ich dieses Ereignis mit einer gewissen Befriedigung. Als Gemeinderat bedauere ich es aufs tiefste. Der amtsführende Stadtrat Breitner hat hier Grundsätze aufgestellt, die ich für sein Ressort als bindend betrachten muss. Er sagte, die juristische Seite wolle er weiter nicht erörtern. Für ihn komme nur das sachliche Moment in Betracht. In Wirklichkeit ist aus seinen Aeusserung hervorgegangen das politische Moment. Wenn Gemeinderat Nachtnebel heute so gesprochen hat, so ist dies verständlich; er ist nur Gemeinderat. Stadtrat Breitner ist aber ein beamtetes Organ, das vor allem die gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten hat. Das politische Moment kommt für ihn überhaupt nicht in Betracht. Er steht nicht hier als Gemeinderat, sondern als ein besetzter Funktionär. Er hat aber selbst erklärt, dass für ihn das politische Moment entscheidend sei.

Auf Grund seiner Argumentation müssen wir heute aussprechen: Wir können zum Stadtrat Breitner auch persönlich absolut kein Vertrauen mehr haben. Die Gesetze müssen beachtet werden. Wenn er die aus diesen Gesetzen für ihn erwachsende Pflicht nicht zu vertragen vermag, so bleibt ihm nur das Mittel aus seiner amtlichen Stellung zu scheiden. Nach den Erklärungen Breitners ist es für mich vollkommen klar, es hat sich kein Beamter gefunden, der sein Amt missbrauchte, der sein Gelöbdis gebrochen hat. (Beifall bei der Opposition). Die Beamten haben pflichtgemäss das Material dem Herrn Stadtrat Breitner übergeben und er hat es der Öffentlichkeit übermittelt. Durch sein Verhalten hat er sich selbst in eine völlig unhaltbare Situation begeben. Denn er hat uns im Finanzausschuss wiederholt Steuerdaten unter der ausdrücklichen Bedingung mitgeteilt, dass sie streng vertraulich behandelt werden. Wir haben das getreulich gehalten und über diese Daten nicht einmal in unserem Klub Mitteilungen gemacht. Uns ist es auch oft politisch unerträglich gewesen, hier Angriffe zu vernahmen und schweigen zu müssen, wenn noterische Unrichtigkeiten vorgetragen worden sind, schweigen zu müssen in Kenntnis der Tatsachen. Ich verkenne nicht, dass dem Herrn Stadtrat Breitner seine Situation in politischer Hinsicht unleidlich geworden ist. Aber das gibt ihm nicht das Recht, die im anvertrauten amtlichen Materialien der Öffentlichkeit zu überantworten. Er hat seine Verschwiegenheitspflicht gebrochen. Wundern sie sich nicht, wenn weit über den Rahmen dieses Saales hinaus, bis in das Ausland das Ansehen der Gemeinde Wien durch solche Tatsachen geschädigt werden. (Beifall bei der Opposition). Stadtrat Breitner meint wir hätten den Mut verloren und flüchten uns jetzt auf das



Gebiet der Steuerveröffentlichungen. Er befindet sich in einem grossen Irrtum wenn er glaubt, dass die Auflehnung gegen seine Steuerpolitik mit der Kundgebung der Gewerbetreibenden vor dem Rathause erschöpft ist. Ich habe hier einen Brief von 250 Angestellten, des Betriebes Ronacher, von denen nicht ein einziger christlichsozial organisiert ist. Sie haben sich an mich gewendet, weil auch sie das Gefühl haben, dass eine vernünftige Anpassung der kommunalen Steuerpolitik an die gegenwärtigen Verhältnisse diesen 250 Angestellten eine Existenzmöglichkeit bieten könnte. Und der Preis dieser Menschen erweitert sich. Die Versammlungen der Gastgewerbeangestellten, Hotelangestellten, der Buchdruckergehilfen und Chaffeure zeigen, dass der Kreis des Widerstandes und der Auflehnung gegen die Steuerpolitik der Gemeinde sich erweitert. Das ist eine Tatsache, die sich nicht aus der Welt schaffen lässt. ( Stürmischer Beifall bei den Christlichsozialen).

G.R. Nachtsbel (Soz.): Als wir die Verwaltung dieser Stadt übernommen haben, fanden wir leere Kassen vor. Wir haben dann im Interesse der breiten Massen eine Finanzpolitik gemacht, die freilich den Unwillen der Minderheit erregt hat und noch heute erregt. Sie können über unsere Steuern schimpfen, aber sie können nicht leugnen, dass wir in der schwersten Zeit viel geschaffen haben und immer von der redlichsten Absicht getragen sind, dem arbeitenden Volk zu helfen. Dieses Volk hat bei den letzten Wahlen abermals entschieden, dass Wien sozialdemokratisch verwaltet werden soll und so der Politik, die wir bereits fünf Jahre in diesem Haus üben, zugestimmt. Die Wiener Bevölkerung hat uns das Vertrauen ausgesprochen und daher kann ich namens meiner Fraktion erklären, dass wir gegen den Antrag stimmen und dass wir die Steuerpolitik unseres Freundes restlos decken, weil sie auch unsere Politik ist. Wenn wir dies tun, dann wissen wir uns eins mit dem grössten Teil der Wiener, mit dem ständig in Fühlung sind. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit)

Bürgermeister Seitz: Es ergibt sich aus der Diskussion, dass die Erörterung zwei Fragen behandelt hat: eine formal juristische und eine rein sachlich finanzpolitische. In sachlicher und finanzpolitischer Hinsicht hat sich Stadtrat Breitner geäussert und er hat als Laie ganz richtig die Erörterung der formal juristischen Seite abgelehnt. Gemeinderat Kunschak hat diese Seite der Frage abermals in dem Bereich seiner Erörterungen gezogen und damit zugleich auch die Interpellationsbeantwortung durch den Bürgermeister. Ich kann nur wieder sagen, dass ich dem Gegenstand einer genauen Prüfung von Fachmännern und gewiegten Juristen habe unterziehen lassen und dass die Interpellationsbeantwortung durch den Bürgermeister auf Grund dieser Prüfung erfolgt ist. Diese Prüfung hat ergeben, dass gegen den Vorgang formal juristisch in keiner Weise eine Einwendung erhoben werden kann, dass er vollkommen unanfechtbar ist. Ich habe die Pflicht diese Tatsache festzustellen.

G.R. Schorsch ( soz.dem.): Auf einen Zwischenruf des Kollegen Müller, dass hier ein Schauspiel geboten werde hat Kollege Zimmerl gesagt; es ist ein Drama. Ich gebe ihm recht, es ist ein Drama, ein Drama wahrer innerlicher Ueberzeugung, die auf Ihrer Seite längst nicht mehr besteht. Ich behaupte, dass Sie entgegen Ihrer inneren Ueberzeugung, diesen ganzen Steuerrummel inszeniert haben. Wenn Sie die Behauptung aufstellen, dass die Steuerleistung der Gewerbetreibenden an die Gemeinde Wien unerträglich ist, dass dadurch die Geschäfte ruiniert und die Gewerbetreibenden zugrunde gerichtet werden, dann widerspricht diese Behauptung Ihrer innersten Ueberzeugung. Erkundigen Sie sich bei irgend einem Gewerbetreibenden und Sie werden überall hören, dass erst durch die Vergebung kommunaler Arbeiten

die Gewerbetreibenden Beschäftigung erlangt haben. Das sind Tatsachen die Sie nicht bestreiten können. Gegenüber dem Herrn Gemeinderat Kunschak bezüglich der Angestellten Ronachers ist festzustellen, dass die Krise in diesem Betrieb auf andere Gründe zurückzuführen ist, und dass der polnische Jude, der seinerzeit den Ronacher gekauft hat durch übertriebene Pachtforderungen den weiteren Betrieb dieses Etablissements unmöglich gemacht hat. Ich verweise auf die grosse Versammlung der Betriebsräte der Angestelltenschaft des Gast- und Schankgewerbes, die kürzlich getagt hat. Dort haben siebenhundert arbeitende Menschen die wahren Ursachen der Krise in diesem Gewerbe aufgezeigt und die sind keineswegs in den Gemeindeabgaben zu suchen. Wenn Sie die Tatsachen ehrlich prüfen, dann müssten Sie selbst zugeben, dass die Politik der Gemeinde es der Bevölkerung erst überhaupt möglich macht zu vergleichen Sie wie in anderen Städten die Kleingewerbetreibenden Beschäftigung haben mit den Wiener Verhältnissen und Sie werden finden, dass die Verdienstmöglichkeiten dieser Städte gegenüber Wien garadezu verschwinden. Ich spreche hier nicht namens der sozialdemokratischen Arbeiter allein, sondern für die gesamte Bevölkerung, die mir zustimmen wird, wenn ich sage: Machen Sie was Sie wollen, der Breitner bleibt und wird uns erhalten bleiben. ( Stürmischer Beifall).

Bei der Abstimmung wird der Antrag, dem antretenden Stadtrat Breitner das Vertrauen zu versagen, gegen die Stimmen der Christlichsozialen abgelehnt. Die Mehrheit applaudiert stürmisch und viele ihrer Mitglieder eilen auf Stadtrat Breitner zu und beglückwünschen ihn. Die Christlichsozialen ergehen sich in vielen Zwischenrufen und Gemeinderat Rummelhardt ruft: Der Speiser treibt ihm die Gratulanten zu.

G.R. Broczynar ( soz.dem.) berichtet über eine Aenderung der Satzungen des Kreditvereines der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, nach welcher die Höchstgrenze, bis zu welcher den Kreditvereinsmitgliedern Kredite eröffnet werden können, für die Dauer aussergewöhnlicher wirtschaftlicher Verhältnisse, insbesondere mit Rücksicht auf die Senkung des Geldwertes, mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde auf 150 Millionen Kronen erhöht werden kann.

G.R. Janesch ( ohr. soz.) regt an, es möge dem Gemeinderat das Recht eingeräumt werden die Zifferngrenze festzusetzen.

Der Referent antwortet, diese Anregung sei zweifellos erwägenswert, aber es sei fraglich ob die Aufsichtsbehörde einer solchen Kautschukbestimmung zustimmen würde.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass Punkt 6 ( Zuschusskredit von 369 Millionen für Lainz) wegen Verhinderung des Referenten Dr. Frädjung von der Tagesordnung abgesetzt wurde.

Nach einem Referat des Gemeinderates Hiess wird dem Kaiser- Franz- Josef Ambulatorium und Jubiläums- Spital anlässlich des 50jährigen Bestehens eine ausserordentliche Subvention von 25 Millionen Kronen bewilligt. Ein Antrag des Gemeinderates Paulitschke ( ohr. soz.) die Subvention im Hinblick auf die segensreiche Tätigkeit dieser Anstalt mit 50 Millionen zu bemessen wird abgelehnt.



G.R. Jenschik (soz-dem.) referiert über einen Zuschusskredit von 500 Millionen für XI Gebäudeerhaltungsarbeiten im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz.

G.R. Angermayer (chr. soz.) hat gegen den Zuschusskredit selbst nichts einzuwenden, obgleich die Zahl der geforderten Zuschusskredite in der Zeit der Stabilität der Krone allzu gross ist. Redner wünscht Auskunft ob die Gründe wahr sind, dass die grosse Werkstätte im Lainzer Versorgungshaus wieder geteilt werden soll. Es wären dann die bedeutenden Ausgaben für die Investitionen ungerechtigt gewesen.

G.R. Jenschik konstatiert, dass die Werkstätten nicht geteilt sondern nur in ihrem Umfang verringert wird und zwar deshalb weil grössere Arbeiten in der letzten Zeit fertiggestellt wurden, weshalb die Werkstätten nicht mehr in dem gegenwärtigen Umfang erhalten werden müssen. Es wird jetzt wieder versucht werden Arbeiten an Kontrahenten der Gemeinde Wien abzugeben. Die Beschwerde über die Häufigkeit der Zuschusskredite wäre ungerechtfertigt, weil sich oft erst im Laufe der Arbeiten Gebrechen an den Objekten zeigen.

Die Anträge des Referenten werden angenommen.

G.R. Michal beantragt die Genehmigung des Umbaus der vierundzwanzig Kabelfelder der fünftausend Volt-Drehstromschwand des Kraftwerkes Engerthstrasse und für den ersten Abschnitt einen Sachkredit von 3.000 Millionen Kronen dessen Bedeckung auf die laufenden Betriebsmitteln verwiesen wird.

G.R. Angermayer (chr. soz.) hat gegen den Umbau selbst nichts einzuwenden, spricht sich aber über die Art der Bedeckung aus den laufenden Betriebsmitteln aus. Dieser Vorgang sei weder vom kaufmännischen noch von sozialpolitischen Standpunkt zu rechtfertigen. Die Gemeinde nütze ihre Monopolstelle allzusehr aus. Es wäre besser, für derartige Zwecke Investitionsanleihen aufzunehmen. Redner wünscht über diesen Punkt eine getrennte Abstimmung, da seine Partei gegen nichts einzuwenden habe, sondern nur der Art der Bedeckung ihre Zustimmung versage.

G.R. Michael erinnert daran, dass das Elektrizitätswerk in der Engerthstrasse aus dem Jahre 1908 stammt und dass manche seiner Einrichtungen infolgedessen veraltet sind. Der Erneuerungsfond der vor dem Kriege bestanden hat ist jetzt entwertet und kann nicht herangezogen werden. Es handelt sich hier nur um eine Verbesserung des Betriebes die den Konsumenten zugute kommt. Eine Erhöhung des Strompreises auf diesem Titel ist nicht zu erwarten, sondern die Modernisierung wird eben verhüten, dass eine solche Erhöhung eintritt. Man kann nicht sagen, dass die Gemeinde ihre Monopolstellung ausnützt, da der Strompreis gegenwärtig doch weit aus niedriger sei als der Strom der Vorkriegszeit. Damals betrug er über 1000 Kronen in heutiger Währung pro Hektowatt, der heutige Preis von über 500 Kronen stellt gegenüber der Vorkriegszeit eine Verbilligung von über 40 Prozent dar.

Bei der Abstimmung wird der sachliche Teil des Antrages einstimmig und der Antrag der Art der Bedeckung mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

G.R. Nachtnebel (soz-dem.) beantragt die Anschaffung und Aufstellung eines Drehstroms-Zweiphasen-<sup>a</sup> Oeltransformators von 5000 KVA Leistung bei 5000/2000 Volt samt Zubehör und die Bewilligung eines Sachkredites von 1200 Millionen dessen Bedeckung auf die laufenden Betriebsmitteln der Elektrizitätswerke verwiesen wird.

G.R. Angermayer (chr. soz.) beantragt auch diesmal eine getrennte Abstimmung um gegen die Art der Bedeckung zu protestieren.

G.R. Nachtnebel verweist auf die Art wieder Staat seine Monopolstellung in gewissen Betrieben ausnütze und wie er mit den Preisen in die Höhe gehe.

Hierauf wird die Anschaffung einstimmig, die Bedeckung mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

G.R. Reisinger (soz-dem.) referiert über die Anschaffung von 30 einhängbaren Schneepflügen durch die städtischen Strassenbahnen und verlangt die Genehmigung eines Kredites von 132 Milliarden.

G.R. Angermayer (chr. soz.) findet, dass der Antrag viel zu spät vorgelegt wurde, wenn die Schneepflüge noch für den heurigen Winter dienen sollten. Die Bestellung müsste bereits längst gemacht sein.

G.R. Reisinger (soz-dem.) erwidert, dass die Angelegenheit durch den Finanzausschuss und den Stadtsenat gegangen sei, die Bestellungen seien schon erfolgt.

G.R. Angermayer Dann wird der Gemeinderat zur Farce herabgedrückt und dagegen protestieren wir.

Die Anträge werden angenommen.

G.R. Reisinger (soz-dem.) beantragt die Aufstellung eines Phasenschiebers im Umspannwerk Meidling der städtischen Elektrizitätswerke und Bewilligung eines Kredites von 3.000 Millionen Kronen.

G.R. Panosch schliesst sich dem Proteste Angermayers gegen die Art der Bedeckung aus laufenden Betriebsmitteln an und wünscht getrennte Abstimmung über die Anschaffung selbst und die Art der Bedeckung.

Die Referentenanträge werden angenommen.

Bürgermeister Seitz teilt mit, dass der Zuschusskredit von 122 Millionen für Betriebszwecke des städtischen Wägereibetriebes debattellos angenommen wird.

G.R. Zimmerl (chr. soz.) Nachtrag zu seiner Rede auf Bogen 2 und 3:

Durch die Veröffentlichung dieser Steuerdaten kann sich jedermann mit Leichtigkeit ausrechnen, wie die Betriebsverhältnisse der angeführten Geschäftsalote sind. Ich verweise übrigens auf den Paragraphen 7 des Pümpfgebabgesetze, wo es ausdrücklich heisst, dass die Beamten alle Mitteilungen, die ihnen bei ihren Erhebungen in den Betrieben zukommen, als vertraulich zu behandeln haben. Gerade das ist aber nicht gehalten worden und darum sind wir gegen diese Veröffentlichung aufgetreten.



Stadtrat Siegel beantragt die Genehmigung von drei Wohnhausbauten. Es soll im siebenten Bezirk in der Bernardgasse ein Wohnhaus mit einem Kostenaufwand von 4040 Millionen Kronen, in der Brigittenau, Denisgasse, ein Wohnhaus mit einem Aufwand von 17 Milliarden und in Floridsdorf, Brünnerstrasse-Pytkagasse Wohnhäuser in Verbindung mit der Anlage eines Marktes mit einem Kostenbetrag von 54.1 Milliarden Kronen errichtet werden.

G.R. Stubianek (Soz.) sagt, dass im siebenten Bezirk sich Klendswohnungen befinden, die mit vollem Recht mit denen Lichtentals verglichen werden können. Es ist begreiflich, dass sogar Amtorgane diese Wohnungen als ungeeignet für menschlichen Aufenthalt erklären müssen.

In diesem Bezirk gibt es viele Häuser, die gar nicht unterkellert sind, wodurch die Wände der Wohnungen nass sind. Dadurch wird die Gesundheit der Menschen, die in solchen Häusern wohnen müssen, arg gefährdet.

Anf. G.R. Scholz (chr. soz.) bemängelt, dass das Projekt des Wohnhauses in der Denisgasse fünf Geschosse hat und die Zimmer nur 2,8 Meter hoch sind. waren in 434 Fällen die Höhe der Anforderung. In 200 Fällen hat Vizebürgermeister Hoss bezeichnet es als wünschenswert, dass in Floridsdorf ein zweckmässiger Markt errichtet werde. Es sollen aber auch Markthütten, die dauernden Bestand haben, geschaffen werden. Die Geschäftslokale in diesem Neubau besitzen nur den vorderen Eingang und es wäre zweckmässig, dass schon jetzt vorgesorgt werde, dass später, wenn der Inhaber des Lokals dies wünscht, die notwendigen Türen angebracht werden können. Es wäre gut, das Projekt doch noch einmal zu überdenken. Mit immer mehr auf die Gemeindeforderungen verlegt wird.

G.R. Huber (chr. soz.) wünscht, dass die Ledigenheime in jedem Stockwerk in die Wohnungen einbezogen werden sollen und verlangt Auskunft über den Zementdiebstahl und fordert dann den amtsführenden Stadtrat Siegel auf, bei Vergebung von Gemeindelieferung/Arbeiten die Kontrahenten sich genau anzusehen.

Bezirksvorsteher Bretschneider (soz.) begrüsst die Anlage des Marktes, weil dadurch ein dringendes Bedürfnis des Bezirkes Floridsdorf erfüllt werde. Was den Wohnhausbau anlangt, so wäre es wünschenswert, die Kritiker dieses Projekt nach Floridsdorf zu führen und da würden sie erkennen, dass dieser Bau ein grosses Stück Wohnkultur ist. Die Zahl der Geschäftslokale in den Häusern der Gemeinde ist eher zu gering, als zu gross. In Floridsdorf selbst wird oft für ein kleines Greils Greislergeschäft eine Ablöse von hundert Millionen Kronen verlangt. Dagegen spielen die Mieten, die von der Gemeinde verlangt werden, gar keine Rolle.

G.R. Zimmerl (chr. soz.) befürchtet, dass in dem neuen Haus in der Bernardgasse Bewohner Neubaus nur zum geringsten Teil eine Wohnung erhalten werden und wünscht Auskunft darüber, ob wirklich die Gemeinde von nun an in ihren Häusern den Mieterschutz anerkennen wolle.

Stadtrat Siegel Was den Zementdiebstahl anlangt, so ist es richtig, dass der Kontrahent der Gemeinde mehrere Fuhren Zement sich angeeignet hat. Der bisher festgestellte Schaden ist zwölf Millionen Kronen, doch ist alle Aussicht vorhanden einen grossen Teil gutzumachen, weil der gestohlene Zement an eine Reihe sehr ehrenwerte Gewerbetreibende zu sehr niedrigen Preisen verkauft wurde. Ich habe hier die ganze Liste dieser Käufer und gegen einige ist auch das gerichtliche Verfahren wegen bedenklichen Ankaufs eingeleitet worden.

Den neuen Wohnhausbauten wurde sodann zugestimmt.

Nach einem Referat des Stadtrates Siegel wird für den städtischen Lastkraftwagenbetrieb ein Zuschusskredit von 3.7 Milliarden Kronen bewilligt, wobei Gemeinderat Binder (chr. soz.) verlangt, dass in der Brigittenau eine Garage besetzt werden soll, weil sie dort eine Gefahr bedeute.

Die Sitzung wird um 11 Uhr nachts geschlossen.